

Gero Neugebauer, Gerd-Rüdiger Stephan (Berlin)

„Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen.“ Das Treffen von Gregor Gysi und Michail Gorbatschow am 2. Februar 1990 in Moskau

Bisher haben nur wenige Akteure der „Wende“ von 1989/90 dazu beigetragen, die Feststellung „Ein schwarzes Loch [...] stellt die Phase dar, in der man nicht mehr SED und noch nicht PDS war - obwohl doch gerade hier die Wurzeln der Partei liegen müßten, wenn sie denn eine neue sein will“,¹ zu entkräften. Auf einer Geschichtskonferenz der PDS, deren Dokumentation inzwischen vorliegt,² wurden in erster Linie differenzierte Wahrnehmungen und Interpretationen der Vorgänge durch einige der Akteure und erst in zweiter Linie neue Fakten dargestellt. Inzwischen hat der Parteivorstand der PDS mit dem Aufbau eines Archivs begonnen,³ so daß Lücken, die durch verlorengegangenes oder zurückgehaltenes Material entstanden sind, verkleinert werden können.⁴ Damit soll, ohne hier den Wert von Akten für die Illustration der Wirklichkeit ihrer Zeit und die Aufklärung der Motive der Akteure zu reflektieren, die Memoirenliteratur, die oft mehr über den Zustand gefilterter Erinnerungen als über tatsächliche Verläufe Auskunft gibt, in ihrer Bedeutung für diese Phase der PDS-Partei-geschichtsschreibung relativiert und die wissenschaftliche Befassung mit diesem Thema befördert werden.⁵ Zu hoffen bleibt, daß Arbeiten wie z.B. eine Darstellung der „SED in der Wende“, die sich nicht auf die Akten, sondern fast ausschließlich auf die Memoiren ehemaliger SED-Größen wie Egon Krenz, Günther Schabowski und Markus Wolf oder auf Gregor Gysis Selbstdarstellungen stützt und so jene legitimiert, die - wenn auch in unterschiedlichem Maße - mit ihren Erinnerungen sich selbst, aber nicht den Fakten dienen,⁶ künftig in den Hintergrund treten.

In den überlieferten Unterlagen findet sich eine Vorlage für das Präsidium des PDS-Parteivorstandes vom 5. Februar 1990, mit dem die Kommission für Internationale Politik, vertreten durch deren Leiter Hans-Joachim Willerding, eine Reise des Parteivorsitzenden Gregor Gysi nach Moskau resümierte. Dem wurde eine Gesprächsniederschrift des Treffens

1 Falkner, Thomas/Huber, Dietmar: Rote Socken - zurück an die Macht? München 1994, S. 183.

2 Vgl. Bisky, Lothar/Czerny, Jochen/Mayer, Herbert/Schumann, Michael (Hrsg.): PDS - Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte. Berlin 1996.

3 Das Archiv beim Parteivorstand der PDS befindet sich in der Kleinen Alexanderstraße 28 in Berlin-Mitte. Da bisher nur ein teilzeitbeschäftigter Mitarbeiter zur Verfügung steht und weder Signaturen vergeben wurden noch mit traditionellen Findbüchern gearbeitet wird, können die vorhanden Bestände derzeit nur nach Provenienz und dem Zeitpunkt der Ablage erschlossen werden.

4 Vgl. Pardon, Inge: Erkundigung nach den Parteiarchiven, in: Bisky u.a. (Anm. 2), S. 266f.

5 Symptomatisch dafür ist die Wiedergabe einer Äußerung Erich Honeckers gegenüber seiner Ehefrau Margot am Abend des 17.10.1989, nachdem das SED-Politbüro seine Abwahl beschlossen hatte: „Es ist passiert. Jetzt bin ich von meiner Funktion zurückgetreten.“ (Andert, Reinhold/Herzberg, Wolfgang: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör. Berlin/Weimar 1991, S. 33.)

6 Vgl. Moreau, Patrick: Die SED in der Wende, in: Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Bd. 1: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch. Opladen 1996, S. 289ff.

von Gysi mit KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow beigefügt, das am 2. Februar 1990 in Moskau stattgefunden hatte.⁷ Das Präsidium nahm den kurzen Bericht mit den umfangreicheren Anlagen zur Kenntnis und bestätigte einige Schlußfolgerungen, die beabsichtigten, „die Zusammenarbeit zwischen der PDS und der KPdSU auf eine völlig neue Stufe zu heben und wesentlich zu intensivieren“.⁸ Konkret wurde angeregt, umfangreiche Kontakte zwischen Funktionären und Mitgliedern beider Parteien herzustellen.

Wie stellte sich die Situation für die SED/PDS und die DDR zum Zeitpunkt des Besuchs von Gregor Gysi Anfang Februar 1990 in Moskau eigentlich dar?

Ende Januar 1990 wollte Gysi, der bis dahin noch nicht mit Gorbatschow zusammengetroffen war, allerdings im Dezember 1989 zweimal mit ihm telefoniert hatte,⁹ in die USA reisen, änderte aber seine Pläne im Zusammenhang mit einer Reise von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow nach Moskau.¹⁰ Offensichtlich wollte Modrow, der schon bei seinem vorangegangenen Besuch Moskaus Anfang Dezember 1989 den von der politischen Bühne bereits abgetretenen Egon Krenz nur widerwillig in der DDR-Delegation akzeptiert hatte, nicht den Eindruck „alter“ Verhältnisse aufkommen lassen, nämlich nur für den Begleiter des neuen SED/PDS-Vorsitzenden gehalten zu werden. Gysi nahm Rücksicht und fuhr erst im Anschluß an Modrow.

Gysi, als „shooting star“ im Dezember 1989 an die Spitze der SED/PDS aufgestiegen,¹¹ hatte sich bereits voll in die Rolle des Parteiführers hineingefunden. Er gerierte sich sowohl habituell, z.B. in der Akzeptanz der Hierarchie, als auch bei der ideologischen Interpretation mancher Ereignisse und Entwicklungen oft noch wie ein traditioneller kommunistischer Parteiführer. Nicht nur an seiner Einschätzung der „Arbeiterklasse“, sondern auch an der Beurteilung der SPD, vor allem aber an der Charakterisierung der Gründe für die Probleme der PDS, die er nur auf externe Bedingungen zurückführt, zeigt sich seine beachtliche Verankerung in traditionellen Denkstrukturen der SED.

Das gilt in mehrfacher Hinsicht auch für die Bewertung der KPdSU, insbesondere Gorbatschows. Einerseits taucht der Eindruck auf, hier sollten die alten Prinzipien des proletarischen Internationalismus revitalisiert und erweitert werden, denn Gysi wollte die Zusammenarbeit mit der KPdSU nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich

7 Vgl. Parteivorstand der PDS, Archiv (künftig PDS-Archiv), Tagungen des Parteivorstandes, ohne Sign.

8 Ebd. Neben der 33-seitigen Niederschrift des Treffens von Gysi und Gorbatschow wurde der Vorlage ein dreiseitiger Vermerk über ein Gespräch Gysis mit dem ZK-Sekretär der KPdSU, Alexander Jakowlew, ebenfalls vom 2.2.1990 in Moskau, beigefügt.

9 Vgl. ebd. Telefonate zwischen Gysi und Gorbatschow sind demnach am 10. und am 14.12.1989 dokumentiert worden.

10 Vgl. die interne DDR-Mitschrift des Gesprächs zwischen Gorbatschow und Modrow am 30.1.1990 in Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990. Berlin 1996, S. 288ff.

11 Gysi, der 1988 Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in Ost-Berlin geworden war, trat erstmals anläßlich der Berliner Großdemonstration auf dem Alexanderplatz am 4.11.1989 in der Öffentlichkeit auf. Am 3.12. wurde er als Mitglied des vorläufigen SED-Arbeitsausschusses Leiter der parteiinternen Untersuchungskommission für Amtsmissbrauch und Korruption. Am 9.12. wurde er auf dem Sonderparteitag zum Vorsitzenden der SED/PDS gewählt.

fortführen.¹² Andererseits zeigt sich, daß Gysi auf Gorbatschow als Wahlhelfer sowie als Vertreter der Interessen der SED/PDS bezüglich deren Politik in der nationalen Frage gegenüber den westlichen Alliierten sowie der Bundesrepublik, aber auch der westdeutschen SPD, setzte. Das war ihm wohl deshalb so wichtig, weil Ende Januar 1990 der Weg zur deutschen Einheit bereits alternativlos war, aber bislang keine Entscheidungen über die Modalitäten (z.B. Einbettung in den KSZE-Prozeß), die Berücksichtigung bestehender vertraglicher Verpflichtungen (vor allem NATO- und Warschauer Pakt-Einbindung) sowie über Zeitabläufe getroffen worden waren. Daß unter diesen Umständen eine politisch handlungsfähige und ihren Einfluß durchsetzende Sowjetunion mit ihrem politischen Führer Gorbatschow von Gysi nur als Vorteil betrachtet werden konnte, wird auch an seiner Besorgnis um den Bestand von KPdSU und Sowjetunion deutlich; dahinter tritt die Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung der Balten freilich zurück.

Gysis Position gegenüber Gorbatschow war aus innenpolitischen Gründen nicht stark, denn zu diesem Zeitpunkt waren sowohl die Zeichen in der SED/PDS als auch die in der DDR eher auf Instabilität und Streit denn auf Stabilität und Konsens gestellt. Zwar war der Fortbestand der SED/PDS zwischen dem 3. Dezember 1989 (Rücktritt von Politbüro und ZK der SED sowie Einsetzung eines Arbeitsausschusses) und dem 20. Januar 1990 (Entscheidung des Parteivorstandes gegen die Forderung verschiedener Plattformen nach Auflösung der SED/PDS) erst einmal gesichert worden, doch der Zustand der Partei hatte sich rapide verschlechtert.

Einige bisher engagierte Reformkräfte traten aus der PDS aus, weil sie statt einer radikalen Erneuerung restaurative Tendenzen wahrnahmen. Arbeiter, sofern sie dies tatsächlich und nicht nur in der Parteistatistik waren, hatten, wie Gysi richtig bemerkte, die SED bzw. SED/PDS schon im Dezember 1989 und im Januar 1990 in Scharen verlassen; ihnen folgten neben Staats- und Wirtschaftsfunktionäre auch Angehörige der Streitkräfte. Niemand wußte, ob die PDS im Januar 1990 noch 1,2 Millionen oder nur 890.000 Mitglieder hatte; Ende Februar zahlten beispielsweise nur rund 339.000 Mitglieder Beiträge.

Zudem war die strukturelle Politikfähigkeit der SED/PDS stark beeinträchtigt. Sie trat zwar noch als die nominell stärkste Regierungspartei auf, dies war lediglich durch die alten „vordemokratischen“ Regeln legitimiert, von denen die wichtigste, die in der Verfassung der DDR verankerte Führungsrolle der kommunistischen Partei, bereits am 1. Dezember 1989 durch die Volkskammer gestrichen worden war. Ende Dezember 1989 hatte das Parteipräsidium die SED-Parteorganisation im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit, inzwischen Amt für Nationale Sicherheit, und im Januar 1990 die in der Nationalen Volksarmee aufgelöst sowie - gegen erhebliche Widerstände - die nach dem Produktionsprinzip organisierten Grundorganisationen abgeschafft. Damit, und vor allem nach dem Beginn der Abwicklung des Amtes für Nationale Sicherheit Mitte Januar 1990, waren alle externen Machtstrukturen der ehemaligen SED aufgelöst; lediglich informell bestanden manche fort. Der Übergang zu Basisorganisationen in den Wohngebieten führte zu weiteren großen Mitglieder- und

12 So hieß es im Vermerk über das Treffen von Gysi mit Jakowlew (vgl. Anm. 8): „Ferner bekundete Gen[osse] Gysi die Absicht unserer Partei, mit der KPdSU gemeinsame Betriebe zu gründen. Die PDS werde zunächst 2-3 Vorschläge für Pilotprojekte unterbreiten, wobei westliche Betriebe einbezogen werden könnten. Auf diese Weise könnte auch der DKP und der SEW konkrete Unterstützung geleistet werden.“ (PDS-Archiv, Tagungen des Parteivorstandes, o.S.)

Strukturverlusten: von mehr als 80.000 Grundorganisationen bzw. Abteilungsparteiorganisationen blieben im Mai 1990 nur noch ca. 16.000 Basisorganisationen übrig.

Die Akzeptanz der SED/PDS in der Öffentlichkeit war, vor allem infolge der seit November 1989 bekanntgewordenen Skandale und Korruptionsvorwürfe gegenüber der alten Parteiführung, sehr gering. Den Zusammenbruch der alten Strukturen hatte eine große Mehrheit von Parteimitgliedern noch keineswegs verarbeitet. Das Verharren auf traditionellen Themen durch die Partei („DDR-Erregenschaften“) ignorierte zudem die verstärkten Erwartungen vieler DDR-Bürger, unbeschadet sozialer Konsequenzen durch die deutsche Einheit ihre Lebensbedingungen und -verhältnisse entscheidend verbessern zu können.

Auch andere Ereignisse und Entwicklungen beeinflussten die Situation der SED/PDS. Ministerpräsident Modrow hatte sich durchgerungen, die Idee der dauerhaften Bewahrung einer souveränen DDR aufzugeben, womit er in seiner Partei auf Mißfallen und Widerstand stieß. Daneben bewirkten die fortschreitende Etablierung der Runden Tische, die anstehende Beteiligung der politischen Opposition an der Regierung sowie die Ankündigung der Regierung, von den bisherigen Prinzipien der Kommandowirtschaft abzuweichen und die Wendung zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft vorzunehmen, eine deutliche Abkehr von bisherigen - und in der SED/PDS noch favorisierten - Politikkonzepten. Zudem zeichneten sich durch die beabsichtigten Gesetzesvorhaben zur Demokratisierung des politischen Systems (Parteien- und Wahlgesetz) und durch die sich verstärkenden Interessen westdeutscher politischer Akteure an ostdeutschen Partnern - am deutlichsten zu diesem Zeitpunkt bei der Sozialdemokratie - nicht nur Veränderungen der institutioneller Rahmenbedingungen, sondern auch des Parteiensystems sowie der Wettbewerbsbedingungen der PDS ab.

Die Auffassungen Gorbatschows zeigten, daß er mangels Angebot - Bundeskanzler Kohl kam erst Mitte Februar nach Moskau - offensichtlich noch keine Interessenabwägung zwischen verschiedenen möglichen deutschlandpolitischen Optionen vorgenommen hatte. So konnte es ihm noch leicht fallen, Gysi zu versichern: „Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen“; aber das blieb ohne wesentlichen Auswirkungen auf das weitere Geschehen. Weder kam er zum Wahlparteitag der PDS Ende Februar 1990, noch schickte er eine persönliche Grußbotschaft.

Die faktische Zusage Gorbatschows an Helmut Kohl am 10. Februar 1990, die deutsche Einheit nach dem von diesem für richtig gehaltenen Bedingungen unter Berücksichtigung der zwischen beiden vereinbarten Interessen der Sowjetunion herbeizuführen und der damit verknüpfte Verzicht auf eine Vetoposition, wertete nicht nur Kohl gegenüber den westlichen Alliierten auf, sondern stellte gleichsam auch die Zurücknahme der von Gysi vorgetragenen Hoffnungen auf die Unterstützung der Positionen der PDS bezüglich des Fortgangs der deutschen Einheit dar. Offen bleibt freilich, woran Gysi dachte, als er am 2. Februar 1990 abschließend gegenüber Gorbatschow bemerkte, er wisse nicht, „wie diese Entwicklung enden werde“.

Für die PDS, die sich nach Gysis Rückkehr aus Moskau durch einen vom Parteipräsidium bereits vor der Reise formulierten und dann am 4. Februar beschlossenen Antrag vom Kürzel „SED“ trennte, beschleunigte sich im Februar der Prozeß der Anpassung an die neuen Bedingungen der Parteienkonkurrenz wie des politischen Wettbewerbs. Dessen erste Etappe, die Volkskammerwahl im März 1990, schloß sie trotz fortschreitenden Mitglieder- und Vertrauensverlustes mit einem angesichts ihrer Situation akzeptablem Ergebnis ab. Sie errang

mit 16,4 Prozent der Wählerstimmen 66 von 400 Mandaten der Volkskammer, wo sie als Partei in der Opposition ohne politische Verbündete von Relevanz versuchte, in dem nun unausweichlich gewordenen Prozeß der Herstellung der deutschen Einheit sich als besonderer Vertreter von DDR-Interessen zu profilieren. Eine gewisse Erfolglosigkeit und eine zunächst weiter schwindende Akzeptanz gegenüber dem politischen Positionen der PDS dokumentierte sich in den folgenden Kommunal- und Landtagswahlen im Mai bzw. im Oktober 1990. Auch die Bundestagswahlen im Dezember 1990 brachten noch keine Trendwende; die Ängste vor einem endgültigen „Aus“ endeten vorläufig mit dem Einzug der umstrittenen Partei in das erste gesamtdeutsche Parlament.

Die Enttäuschung über die Haltung Gorbatschows schlug jedoch nicht in eine Trotzhaltung gegenüber der KPdSU um, denn die PDS versuchte noch 1990, nicht nur eine Kontinuität der Parteibeziehungen zu sichern, sondern auch für ihr eigenes politisches wie ökonomisches Überleben Hilfe zu erhalten, was unter anderem die „Putnik-Affäre“ im Oktober 1990 zeigte, als seitens von Führungsmitgliedern der PDS versucht wurde, Gelder aus dem Parteivermögen der SED vor dem Zugriff der Treuhandanstalt zu retten. Mit diesen wie mit anderen Komponenten des proletarischen Internationalismus war es nach der Auflösung der KPdSU und dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ganz zu Ende, aber nicht mit der PDS, die, wenn auch am Ende des Jahres 1990 erheblich geschwächt, in den ostdeutschen Ländern als Partei mit flächendeckender Organisation und großem Mitgliederstamm überleben und sich erstaunlicherweise im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland vorerst behaupten konnte.

Das vorliegende Dokument aus dem Bestand des Archivs beim Parteivorstand der PDS wird vollständig, ohne jegliche Kürzungen, wiedergegeben. Geringfügige redaktionelle Einfügungen bzw. Auslassungen wurden in eckige Klammern gesetzt. Offensichtliche, sinnentstellende Fehler in Rechtschreibung und Grammatik wurden stillschweigend korrigiert. Stilistische Korrekturen sind nicht vorgenommen worden. In die Anmerkungen sind die für das Verständnis der Texte wichtigsten zusätzlichen Informationen und Literaturhinweise aufgenommen worden.

Dokument

Niederschrift über das Gespräch von Gregor Gysi, Vorsitzender der SED/PDS, mit Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 2. Februar 1990 in Moskau

Nach der herzlichen Begrüßung leitete Michail Gorbatschow das Gespräch mit der scherzhaften Bemerkung ein, dies sei für ihn eine „deutsche Woche“.¹³

Gregor Gysi erwiderte, man kämpfe für ein europäisches Deutschland, nicht für ein deutsches Europa.

Michail Gorbatschow stimmte dem mit der Formulierung zu, „für ein Deutschland in einem Europa, wie es uns die Geschichte hinterlassen hat“.

Nach dem guten Gespräch mit Hans Modrow, über das Genosse Gysi sicher informiert sei, hoffe er nun auf eine gute Fortsetzung, sagte Michail Gorbatschow weiter.¹⁴ In Moskau erlebe man gegenwärtig heiße Tage. Aber zunächst solle darüber gesprochen werden, was in der DDR vorgeht, bei den Freunden, bei dem Volk, mit dem die Sowjetunion ein ganzes gemeinsames Schicksal verbinde. Seit langem hatte er Erich Honecker zahlreiche Anregungen gegeben und Vorschläge gemacht, um die Probleme in der DDR in Angriff zu nehmen. Wenn früher mit dem Nachdenken darüber begonnen worden wäre, hätte dieser Prozeß sicher in anderen Formen verlaufen können, und alles wäre jetzt leichter.

Heute gehe es jedoch darum, die Aktionen jeder Partei und ihr Zusammenwirken ausgehend von den heutigen Realitäten zu betrachten. Eine Politik, die nicht von diesen Realitäten ausgehe, führe zu nichts. Wenn er sich an die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR erinnere, denke er stets an den krassen Unterschied zwischen dem, was auf der Festveranstaltung gesprochen wurde und was sich auf den Straßen abspielte, an die große Kluft zwischen der Politik und dem realen Leben. Er sei in großer Sorge von diesem Besuch aus der DDR zurückgekehrt.¹⁵

Er habe sehr bald gespürt, daß Gespräche mit Erich Honecker allein nicht ausreichten.¹⁶ Deshalb suchte er das offene und direkte Gespräch mit dem ganzen Politbüro.¹⁷ Er hatte das Gefühl, daß in der DDR der Boden bereits unter den Füßen brannte und man unbedingt handeln mußte. Nach seiner Meinung sei das, was damals begonnen wurde, wenn es auch vielleicht nicht geschickt und nicht entschlossen genug war, doch der erste Schritt, der immer außerordentlich schwierig ist. Wenn er in der Sowjetunion im Jahre 1985 Schritte vorgeschlagen hätte, die heute gegangen werden, dann wäre auch er damals als Abenteurer betrachtet worden.

Er habe Verständnis dafür, daß es nicht einfach ist, durchdachte und kluge Entscheidungen zu treffen, wenn die Massen auf der Straße sind und die Situation sich ständig zuspitzt. Er habe sich davon selbst überzeugen können.

Offensichtlich wurden in den ersten Tagen unter dem Druck der Straße bestimmte Positionen aufgegeben. Inzwischen sei es gelungen, dem stärker Einhalt zu gebieten. Der Druck bliebe jedoch enorm.

13 Michail Gorbatschow traf am 30.1.1990 in Moskau mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow zusammen, bevor er am 2.2. den SED/PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi empfing. Wenige Tage später, am 10.2.1990 konferierten Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit Gorbatschow in Moskau.

14 Vgl. Nakath/Stephan (Anm. 10), S. 288ff.

15 Vgl. Gorbatschow, Michail: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 928ff.

16 Vgl. Küchenmeister, Daniel (Hrsg.) unter Mitarb. v. Gerd-Rüdiger Stephan: Honecker - Gorbatschow. Vieraugengespräche. Berlin 1993, S. 7ff. (Vorwort) sowie S. 240ff. (Vermerk über das Gespräch Honeckers mit Gorbatschow am 7.10.1989).

17 Vgl. ebd., S. 252ff. (Vermerk über das Gespräch Gorbatschows mit dem SED-Politbüro am 7.10.1989).

Jetzt komme es darauf an, die Dinge soweit wie möglich in den normalen politischen Prozeß zurückzuführen. Dieser sei gegenwärtig im Gange, wobei auch andere politische Bewegungen und Kräfte Einfluß nehmen. Diejenigen, die an einer Destabilisierung der Lage interessiert sind - und solche Kräfte gebe es nach Einschätzung aus Moskau - legen nicht genügend Weitsicht und Verantwortungsbewußtsein an den Tag, obwohl aus Moskau solche Kräfte - insbesondere in der BRD - immer wieder dazu aufgerufen werden. Sie beabsichtigen offensichtlich, die Spannung bis zu den Wahlen nicht abflauen zu lassen.¹⁸ Der Druck der Straße soll als politischer Faktor verstärkt genutzt werden, um möglicherweise auch scharfe politische Gegenreaktionen zu provozieren.

Diese Kräfte führten den Hauptschlag vor allem gegen die Partei insgesamt, nicht nur gegen ihre Kader. Sie wollten die ganze Partei diskreditieren. Hier gebe es auch Zusammenhänge zur Situation in der Sowjetunion. Die Partei - das seien jedoch die Arbeiterklasse, die Bauern, die werktätige Intelligenz, die Menschen, die unsere Sache auf ihren Schultern getragen haben, aber nicht für die ganze vergangene Politik, besonders nicht für die Einstellungen verantwortlich gemacht werden können. Das sollte man sehr klar unterscheiden.

Michail Gorbatschow betonte, es sei sehr wichtig, den Arbeiterkern der Partei zu erhalten. Die gegnerischen Kräfte führten Schläge gegen die Sicherheitsorgane und werden möglicherweise auch an die Armee herangehen.¹⁹ Die größte Gefahr entstehe jedoch dann, wenn es ihnen gelänge, die Arbeitermassen in ihre Aktionen einzubeziehen.

Hans Modrow habe darüber informiert, daß in der DDR auch schon Streiks begonnen haben. Möglicherweise seien die bis zu den Wahlen verbleibenden Wochen die Zeit, in der über das Schicksal der DDR für eine lange Periode entschieden werde. Dies betreffe vor allem die Richtung, das Tempo und den Inhalt des Prozesses der Vereinigung. Wenn es gelänge, die Situation unter Kontrolle zu halten, dann könnte dieser Prozeß von einer aktiveren Position aus mit Unterstützung der vier Mächte und der Europäer ohne Forcierung, auf natürliche Art weitergeführt werden. Wenn die Partei jedoch schwach werde, dann könne es geschehen, daß ein ganz anderer Verlauf dieses Prozesses erzwungen wird. Falls es zu einer weiteren Eskalation der Destabilisierung kommt, werde sich die ganze Politik komplizieren und die Kontrolle über das Land werde weiter abgeschwächt werden.

Michail Gorbatschow betonte, dies sei die Sicht aus Moskau. Man verfolge die Entwicklung in der DDR sehr aufmerksam, fühle mit den Genossen mit, sei interessiert am Gedankenaustausch und habe viel Sympathie für den Kampf der Genossen in der DDR, obwohl es genug eigene Probleme im Lande gebe. „Eure Sorgen sind auch unsere Sorgen“, hob Michail Gorbatschow hervor.

Er schloß die Frage an, wie zur Zeit die Lage in der Partei sei.

Gregor Gysi antwortete, diese Lage sei nicht gut. Michail Gorbatschow habe die Situation in der DDR ziemlich genau charakterisiert. Er wollte nicht verschweigen, daß im Präsidium der Partei manchmal der Gedanke auftauche: Wenn Michail Gorbatschow 1985 noch einmal Stalinist gewesen wäre und die damalige Führung der DDR auf den richtigen Weg gebracht hätte, wäre vieles anders verlaufen. Aber er war bereits damals ein Demokrat und trat konsequent für die Unabhängigkeit der Parteien ein.

Michail Gorbatschow wies darauf hin, daß er Erich Honecker immer wieder aufgefordert habe, über die eigenen Probleme nachzudenken und sie rechtzeitig zu lösen. Ohne jedes Kopieren hätte man gemeinsam vieles erreichen können.

18 Am 28.1.1990 war in Gesprächen von Vertretern des zentralen Runden Tisches mit DDR-Ministerpräsident Modrow vereinbart worden, die Volkskammerwahlen vom ursprünglichen Termin am 6.5. auf den 18.3.1990 vorzulegen und bis dahin Minister ohne Geschäftsbereich aus den Reihen der neuen Parteien und Bewegungen in die Regierungsarbeit einzubeziehen.

19 Am 15.1.1990 hatten tausende aufgebrachte Bürger die Zentrale des Amtes für Nationale Sicherheit (das Ex-Ministerium für Staatssicherheit) in der Ost-Berliner Normannenstraße gestürmt.

Gregor Gysi bemerkte, die ehemalige Führung sei so isoliert gewesen, man habe ihr gefilterte Informationen und falsche Zahlen vorgelegt, daß ihre Politik nicht mehr auf realen Voraussetzungen fuße.

Michail Gorbatschow warf ein, das habe es in der Sowjetunion auch gegeben. Der Führung wurden stets solche Informationen übermittelt, die sie selbst wüschte. In den Sitzungen des Politbüros, sagte Gregor Gysi, wurden zuweilen in eineinhalb bis zwei Stunden über 60 Tagesordnungspunkte behandelt. Auf diese Weise war keine gründliche Diskussion der Probleme möglich. Dies sei noch kein Rekord, warf Michail Gorbatschow ein. In den letzten Jahren Leonid Breshnews habe es Sitzungen des Politbüros des ZK der KPdSU mit umfangreicher Tagesordnung gegeben, die nicht länger als 15 bis 30 Minuten dauerten.

Die gegenwärtige Arbeitsweise des Präsidiums der SED/PDS sei jedoch auch noch nicht sehr effektiv, erwiderte Gregor Gysi. Jetzt diskutiere man bis zu 7 Stunden über zwei Tagesordnungspunkte. Die alte SED war im Verhältnis zur Bevölkerung der DDR weltweit die größte Partei. Sie hatte bei 12 Millionen erwachsenen Bürgern 2,3 Millionen Mitglieder. Gegenwärtig betrage die Mitgliederzahl noch zwischen 900.000 und 1 Millionen.

Michail Gorbatschow betonte, bei dieser Million Parteimitgliedern sollte man stets daran denken, daß es sich um konkrete lebendige Menschen handelt.

Gregor Gysi informierte, daß die Angriffe gegen die alte SED in der Umbruchphase längst nicht so scharf wie heute gegen die sich erneuernde Partei. Beim Aufbruch im Oktober und November sei es um eine bessere DDR gegangen. Jetzt gehe es vielen, die die Partei angreifen, um die Beseitigung der DDR. Sie betrachteten die Partei als das größte Hemmnis auf dem Wege zu ihrem Ziel. Deshalb solle sie beseitigt werden.

Es handelt sich hier um ein sehr geschicktes Szenarium, das Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt werde. Zuerst wurde gegen die Sicherheitsorgane vorgegangen. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Partei geschont. Gegenwärtig versuche man die Partei zu beseitigen, deswegen werde die Regierung und der Staatsapparat geschont. Wenn die Partei heseitigt sei, werde der nächste Schritt die Zerschlagung des Staatsapparates sein.

Heute halte man die SED/PDS bereits fast für tot, deshalb seien die Angriffe gegen die Partei in der letzten Woche etwas abgeflaut. Die gesamte Verleumdungskampagne gegen die Partei und der Druck auf ihre Mitglieder hätten dazu geführt, daß viele austreten oder die Auflösung der Partei fordern. Deshalb habe er sich entschlossen, in einer Rede, die veröffentlicht wurde, dieses Szenarium genauer darzustellen.²⁰ Er habe klargemacht, daß jetzt das Stoppschild gesetzt werden müsse, daß man keine Auflösung zulassen und nicht weiter zurückweichen dürfe. Diese Position fand bei den verbliebenen Mitgliedern Zustimmung.

Die Struktur der Mitgliedschaft habe sich verändert. In der Partei seien viele alte Genossen mit antifaschistischer Vergangenheit verblieben. Andererseits verfüge die Partei über eine Reihe junger Genossen, die sich mit großem Engagement in den Kampf stürzen. Im September/Oktober 1989 seien zahlreiche Arbeiter aus der Partei ausgetreten. Heute seien es vor allem Staats- und Wirtschaftsfunktionäre. Einige von ihnen halten dem großen Druck nicht stand. Andere könnten sich nicht damit abfinden, daß die Partei möglicherweise in die Opposition gehen werde und sie dann keine Führungsfunktionen mehr ausüben können. Viele Betriebsdirektoren entwickelten ein Unternehmerbewußtsein, träumten von Joint ventures und entfernten sich dadurch immer mehr von der Partei.

Ein schwerer Schock war der Austritt des ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Berghofer.²¹ Er habe eine Welle weiterer Austritte nach sich gezogen. Er wolle offensichtlich Oberbürgermeister von Dresden bleiben oder noch weiter Karriere machen.

20 Die Rede Gysis auf einer Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes mit den Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisvorstände der SED/PDS am 26.1.1990 war unter dem Titel „Hören wir auf, über Auflösen zu reden - machen wir unsere politische Arbeit“ am 1.2.1990 im „Neuen Deutschland“ (künftig: ND) veröffentlicht worden.

21 Am 21.1.1990 waren der erst auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 neugewählte Vizevorsitzende der SED/PDS, der Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, und weitere 39 Dresdener Parteimitglieder, darunter das gesamte Präsidium des Bezirksvorstandes, aus der SED/PDS ausgetreten. Der Parteivorstand hatte sich bereits

Michail Gorbatschow stellte die Frage, ob Berghofer ein Spiel mit der SPD begonnen habe.

Gregor Gysi berichtete, er habe das Präsidium nicht vorher über seine Absicht informiert. Er selbst habe über das Westfernsehen von Berghofers Austritt erfahren. Pessimisten behaupteten nun, in der Politik gebe es keine Freundschaft, sondern nur Interessen. Wenn dies wahr sei, sei er für die Politik nicht sehr geeignet, denn er glaube weiterhin an Freundschaft.

Die bisherige Bewegung in der DDR habe einen großen Mangel: Sie habe in der Politik, besonders bei der Entwicklung der Demokratie, viel in Bewegung gesetzt, jedoch bisher für die Arbeiter keinerlei praktische Ergebnisse erbracht. Große Teile der Arbeiterklasse fühlten sich heute durch niemanden vertreten. Unsere Partei lehnten sie z.T. ab, die neuen Parteien seien ihnen in der Regel zu intellektuell. Dieser führungslose Zustand der Arbeiterklasse berge die große Gefahr in sich, daß sie weiter nach rechts abdrifte, da die Rechten stets einfache Antworten auf alle Fragen parat haben. Die deutsche Arbeiterklasse sei in dieser Hinsicht ohnehin stets sehr gefährdet gewesen. Deshalb lege die Partei gegenwärtig großen Wert darauf, sich den sozialen Interessen der Arbeiter zuzuwenden. Das sei die einzige Chance, den Prozeß wieder in die Hand zu bekommen.²²

Michail Gorbatschow betonte, dies seien sehr richtige Überlegungen. Es komme jetzt vor allem darauf an, daß die Partei die Basis nicht verliere. Dies zeige deutlich das Beispiel der ungarischen Partei.²³ Nach der Spaltung sei es der USAP mit großen Anstrengungen gelungen, ihren Arbeiterflügel im wesentlichen zu erhalten. Sie zähle heute wieder ca. 90.000 Mitglieder. In der USP seien dagegen nur 35.000 Mitglieder. Es komme darauf an zu erreichen, daß die Arbeiterklasse in der Partei weiterhin ihren Führer sehe.

Gegenwärtig durchlaufe man eine sehr schwierige Zeit. Es herrsche Verwirrung in den Köpfen. Nach einer bestimmten Periode werde es jedoch zu einer Umgruppierung kommen, es kristallisierten sich neue politische Kräfte heraus. Wenn es bis dorthin gelinge, die Arbeitermassen in der Partei zu halten, dann werde dies eine stärkere Einflußnahme auf die weiteren Prozesse ermöglichen.

Valentin Falin²⁴ warf ein, daß bereits heute im Westfernsehen kritische Berichte über Umsiedler aus der DDR erscheinen. Man sage offen, daß sie in der BRD nicht alle Werte vorfinden, an die sie in der DDR gewöhnt waren.

Gregor Gysi legte dar, das Volk der DDR sei 29 Jahre lang eingesperrt gewesen. Unter diesen Bedingungen habe es mehr oder weniger Staatsbewußtsein entwickelt. Plötzlich seien alle Grenzen geöffnet worden, ohne dafür Voraussetzungen zu schaffen oder Bedingungen auszuhandeln. Die DDR-Bürger reisten jetzt ausschließlich in die BRD und nach Westberlin, nicht nach Frankreich oder nach England. Plötzlich empfänden alle sehr deutsch, nicht aber europäisch. Er habe dem französischen Präsidenten Mitterrand erklärt, daß ein Jugendwerk dringend notwendig sei, das 100.000 jungen Leuten aus der DDR die Möglichkeit gebe, nach Frankreich oder auch in andere Länder Europas zu reisen.²⁵ Auf diese Weise müsse ein europäisches Be-

am 20.1.1990 nochmals mehrheitlich für den Erhalt der SED/PDS ausgesprochen. Die Streichung des alten Namensteils SED und die Festlegung auf PDS war bereits vor der Reise Gysis nach Moskau im Parteipräsidium beantragt worden; sie erfolgte offiziell am 4.2.1990 durch eine Vorstandsentscheidung.

22 Vgl. die Entwicklung von der SED über die SED/PDS zur PDS 1989/1990 in Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten. Opladen 1996, S. 34ff.; sowie den Beitrag von Gero Neugebauer in Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.): Die SED. Geschichte - Organisation - Politik. Berlin 1997 (i.E.).

23 Im Oktober 1989 beschloß der XIV. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) die Auflösung der Organisation und die Neugründung einer Ungarischen Sozialistischen Partei (USP). Eine traditionalistische Gruppierung gründete daraufhin die gerade aufgelöste Partei USAP erneut.

24 Der Deutschlandexperte Valentin Falin nahm als Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU am Gespräch teil.

25 Während eines offiziellen Besuch des französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand in der DDR vom 20. bis 22.12.1989 kam es am 21.12. zu einem Treffen mit dem SED/PDS-Vorsitzenden Gysi. Vgl. ND, 22.12.1989.

wußtsein entwickelt und so die Situation überwunden werden, daß man nur im deutsch-deutschen Saft schmore.

Bei Teilen der DDR-Bürger habe sich der deutsche Nationalismus stark entwickelt. Dazu komme, daß bestimmte Politiker der BRD bereits damit begonnen haben, ihren Wahlkampf voll auf das Territorium der DDR zu verlagern und die genannten Stimmungen weiter anzuheizen.

Michail Gorbatschow wies darauf hin, daß Geschäftskreise der BRD diese Probleme realistischer sehen.

Gregor Gysi bestätigte dies und wies darauf hin, daß auch Bundeskanzler Kohl in letzter Zeit etwas besonnener auftrete. Besonders extrem verhielten sich jedoch die Führer der SPD. Michail Gorbatschow stimmte zu und betonte, dies seien auch seine Beobachtungen. Die SPD-Führer betrachteten gegenwärtig alles nur aus dem Blickwinkel ihrer bevorstehenden Bundestagswahlen. Sie versuchten für ihre Partei so schnell wie möglich Stützpunkte in der DDR zu schaffen. Er habe den Eindruck, die SPD hoffe, daß die große Masse der aus der SED austretenden Mitglieder Zulauf für ihre Partei darstellen könnten. Anstatt an eine Zusammenarbeit oder einen Block der Linken zu denken, versuchten sie den Weg der Vereinigung zu gehen. Dies erinnere an die wilde und unkontrollierte Ausbeutung der Natur im Frühkapitalismus.

Die SPD ver falle gegenwärtig dem gleichen Irrtum wie bereits mehrmals in ihrer Geschichte, erläuterte Gregor Gysi. Sie glaube, wenn sie jetzt auf diesen nationalistischen Zug aufspringe, werde sie auch weiter mitgenommen werden. Er habe jedoch Egon Bahr erklärt, daß die Sozialdemokratie auf einer der nächsten Stationen aus diesem Zug wieder hinausfliegen werde. Michail Gorbatschow bestätigte, Egon Bahr habe eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen.²⁶

Valentin Falin wandte ein, Egon Bahr bewahre eine gewisse Vernunft, viel problematischer sei das Auftreten von Willy Brandt.²⁷

Gregor Gysi bestätigte, Willy Brandt mache ihm große Sorgen. Dessen großes Lebenswerk sei die Verbesserung der Beziehungen gegenüber allen osteuropäischen Ländern, darunter der Sowjetunion gewesen. Jetzt laufe er Gefahr, das alles wieder kaputtzumachen. Wenn ihn jemand noch von der gegenwärtigen nationalistischen Linie abbringen könne, dann sei dies Michail Gorbatschow.

Michail Gorbatschow betonte, man sei im ständigen Gespräch mit Brandt über diese Fragen. Es habe von dessen Seite auch immer wieder entsprechende Versicherungen gegeben. Er werde ihm unverzüglich einen weiteren Brief zu diesen Problemen schreiben.

Valentin Falin schlug vor, am 08.02. für einen Tag nach Westberlin zu fahren und dort mit vielen Teilnehmern einer Konferenz sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien Europas, darunter auch mit den BRD-Vertretern, eindringlich zu sprechen.²⁸

Michail Gorbatschow stimmte dem zu und bemerkte, Brandt handle vielleicht so, weil er glaube, nicht mehr lange zu leben zu haben und bestimmte Absichten noch zu Ende führen zu müssen.

Gregor Gysi betonte, ein Brief Michail Gorbatschow oder ein Gespräch mit den Sozialdemokraten der BRD könnte große Bedeutung haben. Es sei interessant, daß auch die Grünen in der BRD ähnliche Befürchtungen zum Ausdruck brachten. Antje Vollmer habe ihm bestätigt, daß auch sie sich große Sorgen um die SPD machten.

Michail Gorbatschow bestätigte, man werde an die Sozialdemokraten schreiben und mit ihnen am 8. Februar Gespräche führen.²⁹

26 Vgl. dazu Bahr, Egon: *Zu meiner Zeit*. München 1996, S. 570ff. - Gysi und Bahr waren im Januar 1990 am Rande einer Fernsehsendung in Potsdam zusammengetroffen.

27 Vgl. dazu Brandt, Willy: *Erinnerungen*. Frankfurt a.M. 1989, S. 501ff.

28 In Westberlin fand ein Kongreß des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG-Staaten statt, das bisher größte sozialdemokratische Parteientreffen in Europa, auf dem das Verhältnis von EG und Mittel-/Osteuropa diskutiert wurde. Vgl. *Der Morgen*, (Ost-) Berlin, 9.2.1990.

Gregor Gysi übermittelte die Bitte der Grünen aus der BRD, im Verlaufe dieses Jahres eine Möglichkeit für eine Begegnung mit Michail Gorbatschow zu erhalten.

Michail Gorbatschow erinnerte sich an eine Begegnung mit Jutta Ditfurth im Jahre 1987, die ihn als äußerst energische Frau sehr beeindruckt hatte. Auch Alexander Jakowlew habe mit den Grünen gute Gespräche geführt.

Zur Lage in der Partei fuhr Gregor Gysi fort, auch in den bewaffneten Kräften gebe es zahlreiche Austritte. Es komme dazu, daß Soldaten ihren Offizieren nur dann weiteren Gehorsam zusagten, wenn diese aus der Partei austreten. Es habe auch bereits Ablehnung gemeinsamer Übungen von Soldaten der N[ationalen] V[olks-]A[rmee] mit sowjetischen Soldaten gegeben. All das sei sehr besorgniserregend. Die Macht liege heute auf der Straße.

Michail Gorbatschow erinnerte daran, daß dies eine Formulierung von Lenin sei, die dieser nach den Juli-Ereignissen 1917 geprägt hatte.³⁰

Gregor Gysi bemerkte, man brauchte die Macht nur aufzuheben, wenn man wüßte, wie. Die wirtschaftliche Situation werde immer schwieriger; den Menschen seien die zeitlichen Vorstellungen für Veränderungen zu lang. All das führe zu wachsender Polarisierung in der Gesellschaft. Die Menschen seien demokratische Verhältnisse noch nicht gewöhnt. Sie haben noch keine entsprechenden Fähigkeiten entwickelt. Er sei sich nicht sicher, ob die DDR-Bürger heute bereits mit jedem Wahlergebnis leben könnten. Egon Bahr habe beispielsweise gesagt, wenn die SED/PDS die Wahlen gewinne, werde noch eine halbe Million DDR-Bürger das Land verlassen. Seine Meinung sei, daß dies, erstens, nicht geschehen werde. Wenn die SED/PDS, zweitens, jedoch nicht die Wahlen gewinne, werde auch eine halbe Million Menschen das Land verlassen - diesmal jedoch aus Angst vor Pogromen und Gewalt. Es habe den Anschein, daß die SPD in der BRD dies allmählich zu verstehen beginne. Die Angriffe gegen die Partei hätten sich etwas abgeschwächt.

Michail Gorbatschow stellte die Frage, wie die Kontakte der SED/PDS zur SPD in der DDR entwickelt seien.³¹

Gregor Gysi antwortete, sie seien bisher schwach entwickelt. Kürzlich habe Ibrahim Böhme zum ersten Mal darum gebeten, mit ihm zu sprechen. Sein Vorteil bestehe darin, daß er zahlreiche Vertreter der Opposition in seiner früheren Tätigkeit vor Gericht verteidigt habe. Dadurch sei es für ihn leichter, mit diesen Kräften Kompromisse zu schließen. Er sei für sie, abgesehen von seiner Parteizugehörigkeit, eine integrale Persönlichkeit. Deshalb verzichteten sie auf persönliche Angriffe gegen ihn. Auf der Straße dagegen gebe es täglich schlimme Ausfälle gegen ihn persönlich.

Gregor Gysi erläuterte, daß die Partei gegenwärtig eine Reihe Aufgaben gleichzeitig lösen muß: Sie stehe vor der Notwendigkeit, sich selbst zu erneuern und zu demokratisieren, die Geschichte aufzuarbeiten, Einfluß auf die Demokratisierung des Landes zu nehmen, die Ursachen für die bisherige Politik aufzudecken, ihre Basis in der Arbeiterklasse zu erhalten und zu stärken, die alten Strukturen zu überwinden und den Wahlkampf zu führen.

Michail Gorbatschow stellte die Frage nach der Plattform der Partei für die Wahlen.

Gregor Gysi legte dar, die Partei trete für zwei Hauptpunkte ein.³² Der erste sei die Eigenständigkeit der DDR als Voraussetzung dafür, daß sie im Annäherungsprozeß überhaupt als gleichberechtigter Partner auftreten kann. Der zweite Punkt sei die soziale Sicherheit der Arbeiter und aller Werktätigen. Heute sei bereits das Eigentum der Bauern an Grund und Boden gefährdet, weil die Großgrundbesitzer sich schon für ihre

29 Vgl. Anm. 28. Über Gespräche am Rande der Konferenz wurde offiziell nichts bekannt.

30 Vgl. dazu W. I. Lenin: Werke. Bd. 25 (Juni - September 1917). (Ost-) Berlin 1981, S. 227ff.

31 Vgl. eine Information für den Parteivorstand der SED/PDS über die Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in der DDR vom 12. bis 14.1.1990 in: PDS-Archiv, Tagungen des Parteivorstandes, o.S.

32 Vgl. dazu das Wahlprogramm der PDS in: Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus. 24./25. Februar 1990. Berlin 1990, S. 67ff.

früheren Ländereien interessierten. Viele Menschen haben Angst vor der Zukunft, und die Partei müsse leider diese Angst für ihren Wahlkampf nutzen.³³

Auf die Frage Michail Gorbatschows nach der Position der Bauern antwortete Gregor Gysi, diese wären durchaus für die Wiedervereinigung, wenn ihnen ihr Land gesichert wäre. Dies sei aber nicht gesichert, vor allem wenn darüber einmal westdeutsche Gerichte zu entscheiden hätten.

Michail Gorbatschow stellte weiter die Frage, wie die Direktoren der Industriebetriebe der DDR ihre Zukunft sehen. Dies sei differenziert, antwortete Gregor Gysi. Viele hofften nur auf den Westen. Diejenigen, die in größeren Zusammenhängen denken, seien sich bewußt, daß die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion weiterhin der Lebensnerv der Wirtschaft der DDR sei. Viele setzten ihre Hoffnungen in die Marktwirtschaft. Diese könne jedoch kein Allheilmittel sein. Ein sehr ernstes Problem bestehe gegenwärtig darin, daß man die Kommandowirtschaft zwar beseitigt habe, jedoch noch nichts an ihre Stelle getreten sei. Deshalb funktioniere gegenwärtig fast gar nichts.

Das kennen wir sehr gut, warf Michail Gorbatschow ein.

Es sei sehr problematisch, etwas zu beseitigen und nichts Neues an seine Stelle zu setzen, meinte Gregor Gysi. Die SPD in der DDR habe in dieser Hinsicht große Illusionen. Er habe ihnen jedoch sehr eindeutig gesagt: Wenn unsere Partei aus der Geschichte verschwindet, dann wird daraus kein Freiraum für sie entstehen. In das Vakuum werden die Rechtskräfte hineinstoßen. Anfangs habe die SPD diese These weit von sich gewiesen, jetzt beginne sie allmählich zu begreifen.

Michail Gorbatschow fragte, worin die Basis der rechten Strömungen in der DDR bestehe.

Als ein Element dieser Basis charakterisierte Gregor Gysi die verbreitete Verunsicherung der Arbeiter und vieler Werktätiger. Viele wünschten sich schnell ein großes Deutschland mit Wohlstand für alle. Das sei zwar Blödsinn, klinge aber sehr schön. Diesen Auffassungen liege ein psychologischer Vorgang zugrunde: Dem Westen und der Opposition in der DDR sei es gelungen, dem Volk das Rückgrat zu brechen. Man habe nicht nur die Führung oder alte Strukturen kritisiert, sondern den Menschen die These eingehämmert, daß die ganzen 40 Jahre Geschichte der DDR ein reiner Fehlschlag gewesen seien, eine Zeit, in der sie stets nur belogen und betrogen wurden. Dadurch sei ihnen alles genommen worden, worauf sie stolz sein konnten. Man habe ihnen ihre Identität geraubt. Was geblieben sei, sei der Stolz auf die Nationalität. Darauf seien auch die heftigen Angriffe gegen die Partei zurückzuführen - man brauche einen Sündenbock, einen alleinigen Schuldigen an diesem Dilemma.

Gregor Gysi berichtete als Beispiel von einem LKW-Fahrer, über 20 Jahre Parteimitglied, der auf Anordnung seines Betriebsdirektors seine Arbeit nicht ausführen darf und den Hof fegen muß, solange er nicht aus der Partei austrete. Dies verstoße gegen jedes Recht, könne jedoch gegenwärtig kaum geahndet werden.

Die Lage in der DDR sei sehr differenziert, sie sei im Süden wesentlich schlechter als im Norden. In Berlin sei es noch am besten auszuhalten. Dafür gebe es eine erstaunliche Ursache. Den Berlinern sei Westberlin, das sie gut kennen, nicht geheuer. Während an der Grenze zur BRD in vielen kleinen Orten bereits die Wiedervereinigung täglich gefeiert werde, halte man in Berlin einen bestimmten Abstand.

Michail Gorbatschow fragte nach der Lage an der Basis der Partei.

Gregor Gysi antwortete, die Basis sei z.T. stärker als der Apparat. Als Wolfgang Berghofer mit dem gesamten Bezirksvorstand Dresden außer einem Genossen aus der Partei austrat, wurde das Gebäude des Bezirksvorstandes am gleichen Abend von mehreren hundert jungen Genossen besetzt, die sofort eine neue Leitung gründeten und mit der Arbeit begannen. Diese jungen Genossen geben ihm Hoffnung, betonte Gregor Gysi, weil sie immer wieder in die Bresche springen und den Kampf der Partei mit großem Enthusiasmus fortsetzen.

³³ Vgl. die Regierungserklärung des Ministerrates zum Schutz der Eigentums-, Mieter und Nutzerrechte der DDR-Bürger in ND, 2.3.1990; Schreiben von Hans Modrow an Helmut Kohl vom 2.3.1990. In: Nakath/Stephan (Anm. 10), S. 312.

Michail Gorbatschow stellte die Frage, ob die Partei ihren Standpunkt täglich in der ganzen DDR verbreiten kann.

Dies sei nur noch über die Parteizeitung „Neues Deutschland“ möglich, antwortete Gregor Gysi. Die Regionalzeitungen hätten sich inzwischen für unabhängig erklärt, treten z.T. gegen die Partei auf oder nehmen einen neutralen Standpunkt ein. In Rundfunk und Fernsehen werde jetzt der SED/PDS z.T. weniger Zeit eingeräumt, als den anderen Parteien und Gruppierungen. Das Zentralorgan werde gegenwärtig jedoch breiter gelesen, da es die einzige sichere Informationsquelle über den Standpunkt der Partei sei. Die SED/PDS gebe inzwischen einen eigenen Pressedienst heraus.

Die Partei habe eine Reihe ihrer Betriebe abgeben müssen. Sie beginne jedoch auch damit, neue Betriebe aufzubauen und neue juristische Möglichkeiten dafür zu erschließen. Man erhalte Unterstützung von vielen Seiten, darunter auch von bestimmten Personen und Kräften aus der BRD.

Michail Gorbatschow fragte, mit welchen Parteien die SED/PDS zusammenarbeiten könne.

Gregor Gysi erläuterte, alle Parteien der DDR hätten erklärt, daß sie nach den Wahlen nicht mehr mit der SED/PDS zusammengehen werden. Sie geben der Partei die Schuld an der schwierigen Lage der DDR und wollten erst einmal abwarten, ob die Partei sich wirklich erneuere. Die bisherige Zerschlagung der alten Strukturen der Partei bezeichnen sie in der Regel als nicht ausreichend. Ihre Schwäche bestehe jedoch darin, daß sie selbst bisher zu wenig Aussage über die zukünftige Entwicklung machen können.

Eine starke Gruppe der Bevölkerung, auf die sich die Partei stützen könne, seien die Frauen. So stellten die Frauen bisher ein Drittel der Mitgliedschaft der Partei, jedoch nur ein Fünftel derer, die aus der Partei austraten. Der Parteivorstand erhalte zahlreiche Briefe von Frauen, die sehr klar die sozialen Probleme sehen, die mit der Vereinigung auf uns zukommen, da sie das Alltagsleben täglich direkt zu bewältigen haben. Sie setzen ihre Hoffnungen in unsere Partei als Partei der sozialen Stabilität und Sicherheit.

Auch eine neue Regierung werde zunächst mit den vorhandenen Ministerien arbeiten müssen, in deren Apparat überwiegend Genossen unserer Partei tätig sind.

Nach Bildung einer neuen Regierung werde sich bald herausstellen, daß die Rechten und die SPD nicht konstruktiv zusammenarbeiten können. Auch dann werden sich neue Gesichtspunkte für die Zusammenarbeit mit unserer Partei ergeben. Ähnliche Wirkungen können auch von dem weiteren Polarisierungsprozeß in der Gesellschaft insgesamt ausgehen. Gregor Gysi gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die westdeutsche Sozialdemokratie, die diese Prozesse eher begreife, entsprechenden Einfluß auf die Sozialdemokratie in der DDR ausüben werde.

Auf die Frage Michail Gorbatschow nach seiner Prognose für das Wahlergebnis, antwortete Gregor Gysi, es gebe in der DDR gegenwärtig kein Organ, das qualifizierte Meinungsumfragen durchführen kann.³⁴ Ein entsprechendes Institut sei vor vielen Jahren von Erich Honecker abgeschafft worden.³⁵

Die allgemeine Stimmung gegenüber der Partei sei gegenwärtig sehr ablehnend. Mit zunehmender Härte der Angriffe trete jedoch auch ein bestimmter Mitleidseffekt ein. Außerdem könne eine konsequent organisierte geheime Wahl unter den heutigen Verhältnissen auch zum Nutzen für unsere Partei sein. Mancher werde in der Wahlkabine die SED/PDS wählen, der sich offen niemals zu ihr bekennen würde. Prognosen für einen Stimmenanteil unserer Partei reichen von 5 bis 35 Prozent. Falls 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung nicht zur Wahl gingen, könne dieser Anteil höher liegen.

34 Eine am 6.2.1990 veröffentlichte Meinungsumfrage des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung ermittelte noch folgende Wahlprognose: SPD 59 Prozent, PDS 12 Prozent, CDU 11 Prozent, Neues Forum 4 Prozent und LDPD 3 Prozent.

35 Am 17.1.1979 legte ein Beschluß des ZK-Sekretariats fest, die Tätigkeit des 1964 gegründeten Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED einzustellen. Vgl. Niemann, Heinz: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED. Köln 1993, S. 16ff.

Nach den nächsten Aktionen der Partei gefragt, legte Gregor Gysi dar, daß zunächst der Wahlparteitag vorbereitet wird. Leider müsse in sehr kurzer Zeit, in 6 bis 8 Wochen, ein Parteiprogramm ausgearbeitet werden, das natürlich nicht ausgereift sein könne. Dies sei erforderlich, weil jede Partei, die sich zur Wahl stellt, Programm und Statut vorlegen müsse. Das gegenwärtige gültige Parteiprogramm von 1976 sei dafür nicht mehr geeignet.³⁶ Der Parteitag werde am 24. und 25. Februar stattfinden.³⁷ Vorher werden Wahlen in den Grundorganisationen sowie Delegiertenkonferenzen in den Kreisen und evtl. auch auf Bezirksebene durchgeführt. Große Kraftanstrengungen erfordere die Umorganisation der Partei von der Betriebs- auf die Territorialebene. Die Partei verlasse im wesentlichen freiwillig die Betriebe, damit nicht alle anderen Parteien sich ebenfalls in den Betrieben organisieren. Wenn das geschehe, werde dort nicht mehr gearbeitet, sondern nur noch über Politik diskutiert. Gegenwärtig werde eine Art doppelte Organisationsform der Partei angestrebt: Die Grundorganisationen werden in den Territorien geschaffen, dort wird gewählt und kassiert. In den Betrieben verbleiben oder bilden sich Parteizellen mit Sprechern, die sich zur Erörterung der dort anstehenden Probleme zusammenfinden. Es gebe auch Fälle, da Betriebsdirektoren die Grundorganisationen der Partei aus den Betrieben hinauswerfen. Die Genossen treffen sich in Gaststätten und an anderen Orten zu ihren Versammlungen. Man besinnt sich u.a. auf bewährte Methoden der Arbeiterbewegung aus den 20er Jahren.

Das Problem der anderen Parteien und Gruppierungen bestehe darin, daß es ihnen an profilierten Persönlichkeiten mangelt. Sie könnten nicht daran vorbei, daß diese im wesentlichen in unserer Partei konzentriert sind. Heute seien die führenden Genossen unserer Partei auch die moralisch saubersten Politiker in der DDR. Dies bereite der Opposition und den gegnerischen Kräften große Schwierigkeiten. Deshalb nähmen auf der Straße Losungen mit brutalen Angriffen gegen diese Genossen zu. Ein Beispiel aus Leipzig: „Gysi, Modrow an die Wand, Deutschland, einig Vaterland!“.

Die Hintermänner und Organisatoren dieser Demonstrationen seien nicht immer klar. Ein großer Fehler vieler Genossen bestehe jedoch darin, daß sie sich zu sehr davon beeindruckt lassen. Gut gerechnet, gingen in der ganzen DDR ca. 1 Million oder 1,5 Millionen Menschen zu solchen Demonstrationen auf die Straße. Niemand mache sich jedoch Gedanken darum, wie die 15 Millionen denken, die zu Hause bleiben. Gegenwärtig bestimmten die lautesten Schreier die Atmosphäre. Die Partei habe z.B. am 3. Januar ohne große organisatorische Anstrengungen 250.000 Menschen zu der Kundgebung gegen Neofaschismus im Treptower Park versammelt.³⁸ Diese gewaltige Kundgebung sei jedoch z.T. gegen die Partei ausgeschlagen. Man könne nicht viele solcher Großveranstaltungen durchführen, weil dies zur weiteren Polarisierung in der Gesellschaft beitrage. Es gehe darum, mit den anderen politischen Kräften zusammenzuleben und mit ihnen zu sprechen.

Michail Gorbatschow erkundigte sich nach der Lage in den Gewerkschaften und im Jugendverband.

Gregor Gysi erläuterte, die Gewerkschaften seien dabei, sich unabhängig von der Partei zu organisieren. In der neuen Gewerkschaftsleitung seien jedoch auch Mitglieder unserer Partei vertreten. Da wir prononciert soziale Forderungen formulieren, könnten auch die neuen Gewerkschaftsfunktionäre nicht umhin anzuerkennen, daß unsere Partei die Interessen der Arbeiter am klarsten vertritt.

36 Allerdings war bereits auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 ein neues Statut mit programmatischen Grundaussagen verabschiedet worden. Vgl. den vollständigen Text in Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien. Berlin 1990, S. 139ff.

37 Vgl. das neue Programm und das neue Statut der PDS in: Wahlparteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus (Anm. 32), S. 88ff.

38 Vgl. ND, 4.1.1990; Der Spiegel, H. 2, 8.1.1990, S. 16ff.; Jarausch, Konrad H.: Die unverhoffte Einheit. 1989-1990. Frankfurt a.M. 1995, S. 144.

Auf die Frage Michail Gorbatschows, ob bereits ein neues Gewerkschaftsgesetz angenommen worden sei, antwortete Gregor Gysi, es liege ein Entwurf der Gewerkschaften vor. Dieser müsse noch beraten und beschlossen werden.³⁹

Der alte Jugendverband habe sich aufgelöst und sei unter dem Namen FDJ neu gegründet worden.⁴⁰ Die anderen Parteien gründeten ebenfalls eigene Jugendverbände. Die Führung der SED/PDS werde sich in der nächsten Woche mit der neuen Leitung der FDJ treffen und dort die Frage klären, ob sie ein unserer Partei nahestehender Verband sein will, ohne von ihr abhängig zu sein. Wenn dies nicht der Fall sei, werde die Partei einen eigenen Jugendverband gründen, was gegenwärtig stark gefordert werde.⁴¹

Die Partei werde einen stillen Wahlkampf durchführen. Dieser werde vor allem in persönlichen Gesprächen, in bestimmten Veranstaltungen, der Herausgabe von Broschüren und Plakaten ablaufen. Es seien nur wenige Großveranstaltungen vorgesehen. Der Wahlkampf soll sich gegen niemanden richten, sondern die eigenen Ziele der Partei propagieren. Man wolle im Unterschied zu anderen Parteien und Gruppierungen auch etwas Humor in den Wahlkampf bringen.

Wer in dieser schwierigen Situation den Humor behalte, habe Chancen auf den Sieg, bemerkte Michail Gorbatschow. Natürlich sei es zuweilen auch Galgenhumor, erwiderte Gregor Gysi. Man hoffe auf Unterstützung seitens der KPdSU.

Michail Gorbatschow stellte die Frage, was die Partei von der KPdSU erwarte. Er wolle betonen, daß man alles tun werde, um den Genossen in der DDR zu helfen. Dafür sei es, erstens, wichtig, daß die SED/PDS und die KPdSU ständig ihre engen, lebendigen Kontakte demonstrieren. Über konkrete Projekte des Austausches und der Zusammenarbeit sollte Genosse Gysi mit Genossen Jakowlew sprechen.⁴² Dieser Prozeß müsse sehr lebendig gestaltet werden.

Gregor Gysi betonte, dies entspreche genau seinen Vorstellungen. Die Sowjetunion müsse in der DDR noch stärker präsent sein. Es müsse mit der Situation Schluß gemacht werden, daß in den Massenmedien, vor allem im Fernsehen, ständig nur Politiker der DDR und der BRD auftreten. Dort müßten sowjetische Journalisten und Politiker wesentlich breiter zu Wort kommen, dazu auch französische, englische, amerikanische und andere Vertreter. Es gehe darum, die ganze Diskussion stärker zu internationalisieren und von dem ewigen deutsch-deutschen Bild wegzukommen. Dieses sei schon soweit gediehen, daß Egon Bahr erklärte, er wolle in die DDR umziehen, um sich in die Volkskammer wählen zu lassen. Von Mischnick sei zu hören, daß er Vorsitzender der LDPD werden wolle. Diese Politiker hätten völlig den Sinn für die Realitäten verloren.⁴³

Michail Gorbatschow betonte nachdrücklich, die Fragen der Zusammenarbeit in Ideologie und Propaganda müßten schnellstens mit den Genossen Jakowlew, Falin und der Ideologischen Abteilung des ZK der KPdSU abgesprochen werden. Nach den spontanen Aktionen zum Abbau der Mauer und zur Beseitigung der alten Strukturen müsse nun an das Schicksal der DDR gedacht werden. Dabei seien auch die Gefühle

39 Ein Außerordentlicher FDGB-Kongreß am 31.1. und 1.2.1990 in Ost-Berlin wandelte die Organisation in einen Dachverband unabhängiger Einzelgewerkschaften um und trat für eine diesbezügliche Verfassungsänderung und ein neues Gewerkschaftsgesetz ein.

40 Ein Sonderkongreß der FDJ in Brandenburg/Havel am 27./28.1.1990 versuchte noch, eine Umprofilierung des Verbandes in Angriff zu nehmen. Die neue „freie deutsche Jugend“ blieb eine Splitterorganisation ohne politischen Einfluß. Vgl. Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden - Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996, S. 272ff.

41 Die „fdj“ wurde keine direkt der PDS nahestehende Jugendorganisation. Statt dessen konstituierte sich nach der Tagung einer Initiativgruppe am 6.1.1990 in Berlin die Arbeitsgemeinschaft Junger GenossInnen in der SED/PDS. Vgl. das jugendpolitische Aktionsprogramm der PDS „Für eine selbstbewußte Jugend“, in: Partei des Demokratischen Sozialismus. Dokumente, Standpunkte, Materialien. Auswahl. Januar bis Mai 1990. Berlin 1990, S. 33ff.

42 Über das Gespräch zwischen Gysi und dem Sekretär des ZK der KPdSU, Alexander Jakowlew, am 2.2.1990 in Moskau existiert ein kurzer Vermerk. Vgl. Anm. 8.

43 Die Bahr und Mischnick unterstellten Absichten sind niemals realisiert worden.

der sowjetischen Menschen zu berücksichtigen, die über die Ereignisse in der DDR sehr besorgt seien. Für viele Millionen von ihnen seien diese Fragen unmittelbar mit der persönlichen Vergangenheit verbunden. Es müsse unverzüglich ein Aktionsplan aufgestellt werden, der Orientierungen enthalten müsse, welche Informationen aus der DDR in der Sowjetunion und welche Informationen aus der Sowjetunion in der DDR verbreitet werden, um den Freunden dort zu helfen. Natürlich gebe es viele komplizierte Probleme in anderen sozialistischen Ländern, wie z.B. in Rumänien.⁴⁴ Aber die DDR habe für die Sowjetunion einen ganz besonderen Stellenwert.

Gregor Gysi wies darauf hin, daß die Grußbotschaft Michail Gorbatschows an den Sonderparteitag im Dezember ein großes Echo gefunden habe. Er bat darum, auch zum Wahlparteitag im Februar eine Grußbotschaft zu entsenden. Man würde sich natürlich auch über einen Besuch Michail Gorbatschows persönlich außerordentlich freuen.⁴⁵

Michail Gorbatschow sagte die Übersendung eines Grußschreibens zu. Er versprach auch zu prüfen, welche Aktivitäten in dieser Zeit für ihn geplant seien. Er empfahl Genossen Gysi, auf der Pressekonferenz und in seinen weiteren Äußerungen über seinen Besuch in Moskau zu betonen, daß das Volk und die Führung der Sowjetunion sehr aufmerksam verfolgen, was in der DDR geschieht. Sie seien solidarisch mit den Werktätigen der DDR, die nach Verbesserung ihres Lebens streben. Dies finde in der Sowjetunion großes Verständnis. Niemand denke unter diesen Bedingungen daran, die Beziehungen abzubauen oder zu ändern. Das werde auch in der BRD zunehmend verstanden. In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig zu betonen, was die Sowjetunion real und objektiv für die Volkswirtschaft der DDR bedeutet. Michail Gorbatschow bestätigte, daß die kulturelle, menschliche und vor allem wirtschaftliche Präsenz der Sowjetunion in der DDR in dieser Umbruchphase aktiv verstärkt werden muß. Dadurch werden das gesellschaftliche Umfeld und die Bedingungen für die fruchtbare Arbeit der Partei und aller demokratischen Kräfte, die in all den Jahren eng mit der Sowjetunion verbunden waren, verbessert. Dies sei zugleich ein wichtiges Element der Stabilität der Lage und würde diesen Kräften neue Zuversicht verleihen.

Im Anschluß daran sprach Michail Gorbatschow über die gegenwärtige Situation in der Sowjetunion, die er unter Hinweis auf Gregor Gysis erste Worte als insgesamt „nicht gut“ charakterisierte. Man habe gewaltige Prozesse in Gang gesetzt, deren Ausmaß noch nicht klar überschaubar sei. Es handle sich jedoch eindeutig um eine grundlegende Wende für die Sowjetunion, für Europa und für die Welt. Möglicherweise habe man die Notwendigkeit dieser Wende erst mit einer bestimmten Verspätung erkannt. Deshalb waren die Prozesse auch bereits sehr zugespitzt und verliefen gegenwärtig schmerzhaft. Die Sowjetunion stehe vor einem gewaltigen Berg an Problemen, der sich in den 70 Jahren der Existenz des administrativen Kommandosystems angehäuft hat. Wenn man heute den Appellen der linksradikalen Kräfte folgen würde, die schnelle und extreme Lösungen vorschlugen, weil sie fürchten, bald wieder unterdrückt zu werden, dann könnte man das Land in einen solchen Zustand bringen, daß es eine Katastrophe für die ganze Welt wäre. Dies könnte sogar dazu führen, daß die in der Sowjetunion stationierten Waffen zu sprechen beginnen.⁴⁶ Deshalb müsse man gegenwärtig sehr entschlossen handeln, sonst werde nichts gelingen. Gleichzeitig müsse jeder Schritt genau überlegt werden. Aber wer beherrsche das schon? Man müsse das Leben beobachten, die Prozesse genau studieren und versuchen, politische und andere Schritte zu synchronisieren und damit die Entwicklung ausbalancieren. Damit beschäftige man sich gegenwärtig. Die erste Etappe sei geschafft. Die Partei habe eine Politik formuliert, die den Veränderungen die Richtung gegeben habe. Über die Entfaltung der Demokratie sei ein neues Klima im Lande geschaffen worden.

44 In Rumänien war am 22.12.1989 der diktatorisch herrschende Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu gestürzt und am 25.12.1989 hingerichtet worden.

45 Das erstgenannte Schreiben Gorbatschows an die Delegierten des Sonderparteitages vgl. in ND, 18.12.1989. Zum Wahlparteitag schickte lediglich das ZK der KPdSU ein offizielles Grußtelegramm. Vgl. ND, 24./25.2.1990.

46 In der aserbaidshianischen Hauptstadt Baku war es am 13.1.1990 zu schweren Unruhen gekommen, die Todesopfer forderten. Zwei Tage später verhängte der Oberste Sowjet der UdSSR den Ausnahmezustand über die Kaukasusregion Nagorny Karabach. Am 20.1.1990 wurden sowjetische Armeeeinheiten eingesetzt, wobei weitere Tote und Verletzte zu beklagen waren.

Diese Politik habe starke Unterstützung von unten erhalten. Während man anfangs das Ganze als eine Revolution von oben bezeichnen konnte, war auch klar, daß danach alle gesellschaftlichen Kräfte in Bewegung gebracht werden mußten. Gute Ansätze früherer Jahrzehnte waren letzten Endes immer wieder steckengeblieben, weil die massive Unterstützung von unten fehlte. Immer wieder gehe es darum, eine fortschrittliche Politik zu entwickeln und die Unterstützung der Menschen zu gewinnen. Ohne fortschrittliche Politik entstehe Chaos. Ohne Unterstützung der Massen könne eine progressive Politik nichts bewirken.

Gegenwärtig verlaufe dieser Prozeß sehr stürmisch. Es sei schwer, weiter voranzukommen. Einige wollten nicht aufgeben, was sie bisher in ihren Händen halten. Andere hätten sich daran gewöhnt, nicht nachzudenken. Jetzt werde dies jedoch von ihnen gefordert. Sie wollten am liebsten gar nichts verändern, und damit sei am schwersten fertig zu werden. Ein Teil der Gesellschaft sehe, daß er seine Positionen mehr und mehr einbüße.

Er [dieser Teil der Gesellschaft - die Hrsg.] sei einfach gegen die Umgestaltung. Andererseits sei es auch sehr schwierig, die neuen Formen des Lebens der Gesellschaft durchzusetzen. Dafür sei Zeit erforderlich. Auch diejenigen, die die Umgestaltung initiiert haben, wüßten nicht alles. Sie entwickelten ihre Konzeption weiter und würden dabei von den besten geistigen Kräften der Gesellschaft unterstützt. Es gehe aber darum, 300 Millionen Menschen in Bewegung zu bringen.

In der ersten Etappe war zu spüren, daß die Partei an Positionen gewann, als sie ihre Politik vorlegte. Jetzt werden von ihr Orientierungen für die neue Etappe erwartet. Es werde die Frage gestellt, was aus der sozialistischen Gesellschaft werden soll, wie sich die Wirtschaft, die Staatsmacht, die Föderation und die Partei selbst weiterentwickelt. Für die Beantwortung all dieser Fragen benötige man einen Parteitag. Michail Gorbatschow teilte vertraulich mit, daß auf der nächsten Plenartagung des ZK der Vorschlag gemacht werden wird, den Parteitag noch weiter vorzulegen.⁴⁷ Wenn die Partei die genannten Antworten nicht gebe, werden diese Antworten von anderen Kräften kommen. Dies geschieht bereits. Einige dieser Kräfte seien der Partei nahe, andere weit von ihr entfernt.

Da gegenwärtig noch klare Orientierungen fehlten, gebe es große Verwirrung, eine starke Kollision der Meinungen und Auffassungen. Gegenwärtig sei man sowohl über die Entwicklung des Rechtsextremismus als auch des Linksextremismus sehr besorgt. Beide könnten den Sozialismus und die Partei untergraben. Es gebe Panikstimmung und Defätismus. Deshalb sei der Parteitag dringend vonnöten, wo ein neues Programm angenommen werden soll. Der Entwurf werde auf der Plenartagung diskutiert und dann zur öffentlichen Diskussion vorgelegt werden.⁴⁸

Michail Gorbatschow sagte eine weitere Polarisierung in der sowjetischen Gesellschaft voraus. Er betonte, die Partei müsse sich verändern, sowohl was ihre Rolle in der Gesellschaft als auch was die Formen des Parteilebens betrifft. In 2-3 Wochen werde der Entwurf eines neuen Statuts vorgelegt werden. Auch darüber solle bereits im Vorfeld des Parteitages diskutiert werden. Man habe gegenwärtig keine fertigen Antworten für die brennenden Fragen parat. Von rechts gebe es auch keine solchen Antworten. Man müsse sie in der Hauptrichtung der Umgestaltung suchen, näher zu den linksradikalen Strömungen. Gegenwärtig bewegten die Gesellschaft nicht so sehr die Marktsituation oder die Probleme des täglichen Lebens. Diese seien etwas in den Hintergrund getreten. Die Hauptfragen seien gegenwärtig die Partei, die Destabilisierung und die Führungsschwäche in der Gesellschaft. Deshalb werde in der Presse auch verstärkt die Forderung nach einem Präsidialregime gestellt. Dies könne nicht mehr ignoriert werden. Darüber müsse man nachdenken

47 Eine Plenartagung des ZK des KPdSU vom 5. bis 7.2.1990 in Moskau verlegte den 28. Parteitag von Oktober auf Ende Juni/Anfang Juli 1990 vor. Die Tagung verabschiedete den Entwurf einer politischen Plattform für den Parteitag.

48 Ein Plenum des ZK der KPdSU erörterte vom 11. bis 16.3.1990 Entwürfe für ein neues Programm und ein neues Statut der Partei. Gleichzeitig wurde die Eröffnung des 28. Parteitages auf den 2.7.1990 festgelegt. Der Parteitag tagte schließlich bis zum 13.7.1990 in Moskau.

und zu bestimmten Entscheidungen kommen, um die gegenwärtigen Erscheinungen der Dezentralisierung auszubalancieren.⁴⁹

Die sowjetische Gesellschaft sei außerordentlich kompliziert. In Moskau kursieren viele Gerüchte, mit denen der Botschafter, wenn er sie alle aufschreibe, sicher ganze Romane füllen könnte.⁵⁰ So habe Michail Gorbatschow z.B. bei seinem kürzlichen Treffen mit dem brasilianischen Präsidenten nicht gewußt, daß die USA bereits Gerüchte über seinen beabsichtigten Rücktritt verbreiteten. Die Leidenschaften schlugen hoch, und die Reporter fragten ihn vor diesem Gespräch, ob er dies bestätigen könne. Er habe es dementiert, konnte aber nicht zugeben, daß er gar nichts davon wußte. Inzwischen sei es fast zur Gewohnheit geworden, daß im Vorfeld von ZK-Tagungen die ungeheuerlichsten Gerüchte zirkulieren. Natürlich sei es Sache eines Plenums, darüber zu entscheiden, wer der Generalsekretär des ZK sei. Er selbst habe jedoch keinerlei Absicht zurückzutreten und glaube, daß dies auch nicht eintreten werde.⁵¹

Was die nächsten 3 - 4 Monate bringen, werde die Zukunft zeigen. In Ergänzung zu dem bekannten Roman von Remarque „Zeit zu leben, Zeit zu sterben“ sagte er, jetzt sei auch die Zeit zu siegen.

Die Gesellschaft könne nicht zum Alten zurückkehren. Man müsse sich voll nach vorn orientieren. Ein altes Sprichwort besage, daß der Russe lange anspannt, dann aber sehr schnell fährt. Man habe nun lange genug angespannt, jetzt komme es darauf an, daß man bei der schnellen Fahrt nicht ins Schleudern kommt. Es sei gleichzeitig eine große Zahl von Problemen zu lösen. Dabei bleibe der Sowjetunion alles, was mit den Freunden und Genossen in der DDR geschieht, sehr nahe, da man mit ihnen durch ein gemeinsames Schicksal verbunden sei. Davon sollte man immer ausgehen. Auch wenn man selbst viele Probleme habe, werde man stets Zeit und Kraft finden, um den Genossen in der DDR zu helfen und sie zu unterstützen.

Gregor Gysi schloß die Frage an, ob in der Sowjetunion die Entstehung weiterer Parteien mit politischem Einfluß aufgehalten werden kann und ob es gelingen wird, den Prozeß der Loslösung einzelner Republiken zu stoppen. Für die DDR wäre es z.B. eine Katastrophe, wenn sich die baltischen Republiken von der Sowjetunion trennen würden.⁵²

Michail Gorbatschow antwortete zur Frage des Mehrparteiensystems sei am vergangenen Abend eine erste Arbeitsetappe abgeschlossen worden. Man habe einen Dokumentenentwurf formuliert, den man der Tagung des ZK vorlegen wolle. Dieser behandle die Fragen der entfalteten sozialistischen Demokratie und der Selbstverwaltung des Volkes. Michail Gorbatschow trug dabei einen kurzen Auszug aus dem Abschnitt „Demokratie und politischer Pluralismus“ vor. Er wies darauf hin, daß die ursprüngliche Überschrift gelaftet hatte: Demokratie und Mehrparteiensystem.

Die Textstelle hat folgenden Wortlaut (Übersetzung nach Gehör): Die Demokratisierung unserer Gesellschaft wird vom Entstehen neuer gesellschaftlicher Vereinigungen der Bürger begleitet. Die Art und Weise ihrer Bildung wird durch Gesetz geregelt und findet ihre Widerspiegelung in der Verfassung. Die KPdSU beansprucht kein Monopol und ist bereit zum politischen Dialog mit jedem, der für die Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft eintritt. Unser prinzipieller Standpunkt besteht darin, daß das Mehrparteiensystem kein Allheilmittel darstellt. Von entscheidender Bedeutung ist das Niveau der Demokratisierung der Gesell-

49 Bereits am 15.3.1990 wurde Gorbatschow zum Präsidenten der UdSSR gewählt. Bis dahin war der Vorsitz im Obersten Sowjet der UdSSR gleichbedeutend mit dem höchsten Staatsamt.

50 Seitens der SED/PDS nahmen am Gespräch Gerd König, Mitglied des Parteivorstandes und Botschafter der DDR in der UdSSR, und Hans-Joachim Willerding, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes, teil.

51 Am 31.1.1990 fand in Moskau ein Treffen Gorbatschows mit dem designierten brasilianischen Präsidenten Collor de Mello statt. Gegenüber CNN wies der Kremlichef alle Rücktrittsgerüchte zurück. Vgl. ND, 1.2.1990. Die Wiederwahl Gorbatschows als KPdSU-Generalsekretär auf dem 28. Parteitag erfolgte am 10.7.1990 mit 3411 von 4600 Delegiertenstimmen.

52 Die Unabhängigkeitserklärung Litauens erfolgte jedoch schon am 11.3.1990. Erklärungen der Parlamente Estlands und Lettlands über den Beginn einer Übergangsperiode zur Unabhängigkeit des jeweiligen Landes wurden am 30.3. bzw. am 4.5.1990 abgegeben.

schaft, der demokratische Charakter des Funktionierens der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, die Teilnahme der Bürger an der Politik.⁵³

Michail Gorbatschow erläuterte, die Logik der Entwicklung der Gesellschaft sei das Entscheidende. Dort müsse die Antwort gefunden werden, wie das politische Spektrum in Zukunft aussehen soll. Daraus folge, daß wahrscheinlich neue Parteien entstehen werden.

Zur zweiten Frage legte Michail Gorbatschow dar, daß die Partei in der Plattform zur nationalen Frage, die auf dem September-Plenum angenommen wurde, für den Erhalt der Föderation und deren grundlegende Modernisierung eingetreten sei.⁵⁴ Dieser müsse der Gedanke der weiteren Entfaltung der Selbstbestimmung und Souveränität der Republiken zugrunde liegen. Diese Position ergebe sich aus den Realitäten, die sich in der Sowjetunion herausgebildet haben. Wenn man jedoch beginne, die gegenwärtig bestehenden Formen zu zerstören, dann würde das Millionen Menschen betreffen. Es würde vielfältige wirtschaftliche, kulturelle, politische und wissenschaftlich-technische Beziehungen zerstören. Die Folge könnten Bürgerkrieg und Blutvergießen sein. Es sei jedoch beabsichtigt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Mechanismus für den Austritt aus der Sowjetunion enthält. Über eine solche Frage müßten der Oberste Sowjet und das ganze Volk entscheiden. Es müßte dazu ein Referendum durchgeführt werden, denn es gehe um das Schicksal der Bevölkerung, die in dem betreffenden Territorium lebe, um Armeeingehörige, um Ressourcen, um die Wirtschaft, um die Grenzen des Landes. Wenn als jemand eine solche Entscheidung durchsetzen wolle, würde dies einen ganzen Prozeß erfordern. Es sei notwendig geworden, der Selbstverwaltung durch ein solches Gesetz eine stärkere Grundlage zu geben. Er selbst und seine Genossen seien jedoch gegen die Zerstörung der Föderation und würden entsprechend handeln.

Gregor Gysi hatte die Frage gestellt, ob für eine Entscheidung über Austritt aus der Sowjetunion eine Dreiviertel-Mehrheit des Volkes erforderlich sei. Auch Gewerkschaften in westlicher Ländern ließen Streiks nur zu, wenn Dreiviertel der Mitglieder dafür stimmten. Schließlich sei es undenkbar, daß eine Mehrheit von 51 die übrigen 49 Prozent dazu zwingt, gegen ihren Willen aus der Sowjetunion auszutreten.

Michail Gorbatschow erläuterte, daß die Lage in der Sowjetunion noch viel komplizierter sei. Die Ukraine sei zwar eine slawische Republik, aber bestimmte informelle Organisationen hätten auch hier bereits eine Lostrennung von der Sowjetunion gefordert. Daraufhin habe es beispielsweise auf der Krim sofort die Forderung von 500.000 Menschen nach Rückkehr zur RSFSR gegeben. Auch der Donbass und Charkov, das stark von russischer Bevölkerung besiedelt sei, würden ähnlich reagieren. Solche Vorgänge könnten jedoch niemanden nützen. Diese Ideen würden von kranken Köpfen hervorgebracht, von Menschen, die weit von der realen Politik entfernt sind.⁵⁵

Der Nationalismus sei auch die Grundlage für die entsprechenden Forderungen in Litauen gewesen. Leider gebe es dort kaum Vorlauf für die Lösung der praktischen Probleme. Die Lostrennung wäre eine Katastrophe auch für das litauische Volk. Er habe sich kürzlich drei Tage in Litauen aufgehalten und dort viele offene Gespräche geführt. Er glaube nicht, daß dies nutzlos war, weder für Litauen noch für die Union.⁵⁶

Gregor Gysi informierte, daß das ZK der KP Litauens ihm zur Wahl gratulierte und den Wunsch nach Zusammenarbeit mit der SED/PDS zum Ausdruck brachte. Da es sich offensichtlich um eine separatistische Aktion und nicht um regionale Zusammenarbeit handelte, habe er darauf nicht reagiert.

⁵³ Das ZK-Plenum der KPdSU vom 5. bis 7.2.1990 sprach sich für die Aufgabe des Machtmonopols der Partei sowie eine neue Präsidialverfassung aus. Vgl. die Rede Gorbatschows zur politischen Plattform für den 28. Parteitag „Es geht um das Schicksal der Perestroika“ in: ND, 7.2.1990.

⁵⁴ Vgl. die Plattform der KPdSU „Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen“ in: Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 19. und 20.9.1989, Presse der Sowjetunion, (Ost-) Berlin, Heft 12/1989, S. 39ff.

⁵⁵ Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) erklärte sich allerdings bereits am 12.6.1990 für souverän.

⁵⁶ Der sowjetische Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow besuchte vom 11. bis 13.1.1990 offiziell Litauen. Vgl. Anm. 52.

Michail Gorbatschow wies darauf hin, daß man auf dem nächsten Plenum auch über die Frage der Parteien in den Republiken sprechen werde. Dazu werde im Programm und auch im Statut ein Abschnitt formuliert werden. Dies sei Ergebnis eines bestimmten Prozesses. Einige Genossen waren einfach den Nationalisten in die Falle gegangen.

Auch in Rußland gebe es in dieser Hinsicht besorgniserregende Erscheinungen. Es würden Forderungen laut, die Republiken, die dies wünschten, doch ziehen zu lassen. Dann werde Rußland schnell zu einem blühenden Staat werden.

Gregor Gysi bemerkte, ein Nationalismus löse den anderen aus. Dies sei auch für uns Stoff zum Nachdenken, wenn wir leider den Weg der Annäherung an die BRD über Konföderation und Föderation gehen müssen. Unser Anliegen bestehe darin, daß dies organisiert und planmäßig verläuft. Für uns und auch für die Sowjetunion wäre es von Bedeutung, wenn man jetzt die Möglichkeit nutzen würde, viele gemeinsame Betriebe zu gründen. An einigen könnten auch westliche Partner beteiligt werden. Dies wäre später ein wirtschaftlicher Fuß der Sowjetunion in einem einheitlichen Deutschland. Man denke auch daran, gemeinsame Betriebe der Parteien zu schaffen, um so das Eigentum der Parteien abzusichern.

Michail Gorbatschow stimmte diesem Gedanken zu. Er wolle noch einmal den Gedanken aus dem Gespräch mit Hans Modrow bestätigen, daß die Sowjetunion den Beziehungen im Dreieck DDR-BRD-UdSSR große Bedeutung beimesse.⁵⁷ Um offen zu sein, teilte er mit, daß die Idee auch Kohl gegenüber bereits angesprochen wurde. Dieser verstehe durchaus die Bedeutung dessen, daß die beiden deutschen Staaten in der jetzigen Form mit der Sowjetunion enge Zusammenarbeit pflegen müssen. Auch im Prozeß der Annäherung müsse das so sein. Im Prozeß der Vereinigung könnten durch die Anstrengungen beider Völker gewaltige Potenzen freigesetzt werden. Dies wäre eine wichtige Quelle für eine stabile Weiterentwicklung in diesem Dreieck. All das müsse gründlich durchdacht werden.

Zu den mit Hans Modrow besprochenen neuen Vorschlägen der DDR erläuterte Michail Gorbatschow, daß er deren Sinn vor allem darin sehe, die Initiative nicht zu verlieren und den Gang der Ereignisse nicht der BRD, vor allem aber nicht der Straße zu überlassen. Die aufgezeigten drei Etappen - Vertragsgemeinschaft mit konföderativen Elementen, Konföderation und schließlich im Rahmen des europäischen Prozesses die Föderation - sollten stets in engstem Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen den drei Staaten gesehen werden.⁵⁸ Ein solcher Ablauf könnte nicht nur bei allen drei Völkern, sondern auch in Europa insgesamt und in der Welt auf Verständnis stoßen.

Gregor Gysi betonte, die Straße verstehe das nicht so. Dies sei jedoch auch die Masse der Wähler. Zum Vorschlag von Ministerpräsident Hans Modrow habe das Präsidium der SED/ PDS eine Stellungnahme erarbeitet und veröffentlicht.⁵⁹

Die Partei bleibe bei der Aussage vom außerordentlichen Parteitag, daß es um eine schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten gehe.⁶⁰ Das bedeute gegenwärtig, Unabhängigkeit und Nichteinmischung zu gewährleisten, damit es überhaupt zu Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern kommt. Für die dritte Etappe - die Bildung der Föderation -, für die militärische Neutralität beider deutscher Staaten gefordert werde, gehe die Partei noch einen Schritt weiter und fordere die völlige Entmilitarisierung.

⁵⁷ Vgl. Nakath/Stephan (Anm. 10), S. 292.

⁵⁸ Vgl. die Erklärung „Für Deutschland, einig Vaterland!“ vom 1.2.1990 in: ND, 2.2.1990. Vgl. auch die Erläuterungen von Modrow auf der Pressekonferenz am 1.2.1990 in Ost-Berlin zu seiner Konzeption in: Modrow, Hans: Aufbruch und Ende. Hamburg 1990, S. 184ff.

⁵⁹ Vgl. den Wortlaut der Erklärung des Präsidiums des Parteivorstandes der SED/PDS „Eine sofortige Vereinigung ist nicht möglich“ vom 1.2.1990 in: ND, 2.2.1990. Vgl. die Wiedergabe von Äußerungen Gysis gegenüber der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija“ in: Ebd.

⁶⁰ Vgl. das Referat von Gregor Gysi zu den aktuellen Aufgaben der Partei „Wir kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden“ auf dem Sonderparteitag der SED/PDS in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS (Anm. 36), S. 75ff.

Michail Gorbatschow äußerte die Meinung, die Konzeption Hans Modrows knüpfte an früheren Ansätzen der Sowjetunion und der DDR an. Damals wurde gesagt, die Geschichte habe entschieden, daß zwei deutsche Staaten existieren. Die Geschichte werde auch entscheiden, wie die Entwicklung dieser beiden Staaten im Rahmen der europäischen Integration weitergeht. Mit diesem Plan würden Zwischentappen und Meilensteine für diesen Prozeß abgedeckt. Es werde berücksichtigt, daß davon die Interessen beider deutschen Staaten berührt werden und die Prozesse in einem bestimmten Rahmen ablaufen müssen.

Gregor Gysi ergänzte, der Zusammenhang müsse der europäische und der weltweite Rahmen sein.

Michail Gorbatschow stimmte zu und sagte, die Sowjetunion habe immer betont, die DDR sei nicht nur ein wichtiger Faktor der europäischen, sondern auch der Weltpolitik.

Gregor Gysi meinte, glücklicherweise handle es sich bei der DDR um ein kleines Land. Die Europäer hegten keine guten Gefühle gegenüber einem mächtigen Großdeutschland, und auch er habe dazu sehr gemischte Gefühle. Die Losung von „Deutschland, einig Vaterland“ komme ihm gegenwärtig nur sehr schwer über die Lippen.⁶¹

Michail Gorbatschow meinte scherzhaft, da werde er wohl noch üben müssen.

Gregor Gysi wies darauf hin, daß damit wohl Besonnenheit aller beteiligten Kräfte erreicht werden sollte.

Michail Gorbatschow vertrat die Meinung, dieses aktualisierte Herangehen sei möglicherweise geeignet, nationalistischen und nazistischen Elementen den Boden zu entziehen.

Gregor Gysi meinte skeptisch, da sie sich sehr irrational verhielten, sei es schwierig, ihnen den Boden zu entziehen.

Aber vielleicht werde es möglich sein, die besonnenen Kräfte zu beeinflussen und die Entwicklung auf einen anderen Weg zu lenken.

In der DDR wachse die Forderung nach einseitiger Abrüstung. Diese werde auch für den Fall ins Auge gefaßt, daß die BRD ablehne.

Michail Gorbatschow informierte, daß es kürzlich zu diesen Fragen eine interne Beratung der NATO gegeben habe, über die die Sowjetunion kurz darauf Kenntnis erhielt. Übrigens sei auch die NATO über die Vorgänge in der Sowjetunion gut informiert. Dort war man sehr beunruhigt darüber, daß unter dem Einfluß der Ereignisse in der DDR, der CSSR und der U[ngarischen] V[olks-]R[epublik] ein Prozeß einseitiger Truppenreduzierungen in Osteuropa in Gang kommen könnte. Dadurch würde sich die NATO in großen Schwierigkeiten sehen. Deshalb habe man sich geeinigt, die gegenwärtig in den osteuropäischen Ländern ablaufenden Prozesse nicht weiter künstlich zu forcieren. Offensichtlich wolle niemand, daß die Stabilität in Europa, der Prozeß der normalen Abrüstung und Truppenreduzierung gegen etwas eingetauscht werde, wovon man keine klare Vorstellung habe.⁶²

Gregor Gysi wies darauf hin, daß die Vertreter der einseitigen Abrüstung das Argument ins Feld führten, man könne dadurch auf die BRD moralischen Druck ausüben, und die Friedensbewegung werde gestärkt. Auch er selbst sei im Prinzip für einseitige Abrüstung. Er wende sich jedoch solange total dagegen, solange die BRD nicht darauf eingehe. Man sollte versuchen, auf die BRD, die so nach Einheit Deutschlands strebe, in dieser Richtung Druck auszuüben.

Michail Gorbatschow meinte, die BRD werde sich damit sehr schwer tun, weil sie ihre Bundeswehr hege und pflege.

Gregor Gysi ergänzte, die Bundeswehr werde geradezu geliebt.

61 Vgl. dazu ein Fernsehinterview von Günter Gaus mit Gregor Gysi am 27.2.1990 in: Zur Person. Sechs Porträts in Frage und Antwort von Günter Gaus. Berlin 1990, S. 57ff.

62 Vgl. Oldenburg, Fred: Deutsche Einheit und Öffnung der NATO (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Heft 52/1996). Köln 1996; Zelikow, Philip/Rice, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. Berlin 1997.

Gregor Gysi schlug vor, auf der Pressekonferenz in Auswertung des Gesprächs zu sagen, daß es gelungen sei, die Beziehung zwischen beiden Parteien nach bestimmten Irritationen und Schwierigkeiten der vergangenen Jahre durch Schuld der alten Führung der SED nunmehr auf eine neue Stufe zu heben.⁶³ Es seien wichtige Ergebnisse erzielt und konkrete Vereinbarungen über einen verstärkten Austausch von Delegationen, Studenten und andere Maßnahmen getroffen worden.

Michail Gorbatschow stimmte dem zu.

Gregor Gysi übermittelte die Bitte des amerikanischen Sozialisten Janitschek, den von ihm gestifteten Martin-Luther-King-Friedenspreis entgegenzunehmen. Der Preis soll ihm im Juni während seines Aufenthaltes in den USA überreicht werden.

Michail Gorbatschow brachte zum Ausdruck, daß er sich durch diese Auszeichnung geehrt fühlt. Zum Abschluß des Gesprächs erklärte er, daß er sehr froh über dieses Zusammentreffen sei. Man sei miteinander bekanntgeworden, habe einen Meinungs austausch führen und einen Uhrenvergleich vornehmen können. Nun komme es darauf an, alles zu verwirklichen, was vereinbart worden sei. Gregor Gysi erklärte, er sei glücklich darüber, dieses Gespräch mit Michail Gorbatschow geführt zu haben, in dessen Person die Perestroika verkörpert sei.

Michail Gorbatschow warf ein, die Perestroika sei sowohl eine angenehme als auch eine sehr schwere Sache.

Gregor Gysi erklärte, er wisse nicht, wie diese Entwicklung enden werde, sicher sei jedoch, daß durch die Perestroika die sozialistische Idee zu neuem Leben erweckt worden sei.

Michail Gorbatschow stimmte zu und brachte die Überzeugung zum Ausdruck, was auch geschehen werde, die Idee des Sozialismus werde weiterleben. Die westliche Seite trete gegenwärtig sehr selbstsicher auf. Die Prozesse in unseren Ländern würden gegenüber der alten Gesellschaft ihre Sprengkraft noch beweisen.

Gregor Gysi sagte, er sei Rußland zu Dank verpflichtet. Sein Urgroßvater habe Industrierwerke in Kolomna besessen. Dies sei der Ursprung dafür, daß er die Gelegenheit erhielt, Kommunist zu werden. Für ihn gebe es keine besseren Ideen in der Welt.

Michail Gorbatschow bemerkte, manchmal wünsche er sich, daß sein heutiges angespanntes Leben schöner und leichter werden möge. Es sei aber auch ein sehr gutes Gefühl, wenn man das tue, woran man zutiefst glaube, sonst könnte man diese große Last sicherlich nicht auf sich nehmen. Wenn man in seiner Überzeugung schwach werde, dann könne man gleich zu Hegel und Berkeley zurückkehren.

Gregor Gysi dankte für das Gespräch, das in einer herzlichen, brüderlichen Atmosphäre verlief.

Quelle: Parteivorstand der PDS, Archiv, Tagungen des Parteivorstandes, ohne Signatur.

63 Vgl. ND, 3./4.2.1990.